

um Rastas in Benin, um nur einige der Fallstudienthemen zu benennen. Wenn die Herausgeberin und der Herausgeber an diesem Punkt den Rotstift etwas konsequenter eingesetzt hätten, wäre dies der Lesbarkeit des Bandes sehr entgegen gekommen.

Gerhard Hauck

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i4.11>

Manuela Scheuermann & Anja Zürn (Hg.): *Gender Roles in Peace and Security. Prevent, Protect, Participate*. Heidelberg: Springer 2020, 215 Seiten (<https://doi.org/10.1007/978-3-030-21890-4>)

Im Fokus des vorliegenden Buches steht die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen. Zwei Jahre nach der Erstpublikation des *Oxford Handbook of Women, Peace, and Security* zielt es darauf, durch Einsatz eines „breiten theoretischen Ansatzes, kombiniert mit einem Satz innovativer Fälle“ zuvor „mangelhaft studierte Aspekte der [WPS-]Agenda“ (4; WPS – *Women, Peace and Security*) hervorzuheben. Namentlich sind dies „eher generelle und systematische Herausforderungen in dem Bereich“ (5), wie Intersektionalität, institutionelle Normen, und genderbasierte Mechanismen. Diese nimmt das Buch in den Blick, um „neue Perspektiven zur Bewältigung der Probleme von Genderungleichheit in Frieden und Sicherheit“ (5) zu etablieren. Diesen Eigenanspruch beabsichtigen die Herausgeberinnen zu erfüllen, indem sie mit Mitwirkenden „aus aller Welt“ (3) und „verschiedenen Hintergründen“ (4), bspw. Anwältinnen und Aktivistinnen, einen inter- und transdisziplinären Ansatz anwenden. Indem es breitgefächerte Methoden und eine Vielfalt von Disziplinen integriert, gelingt es dem Buch, neue und wichtige Einblicke in die vorliegenden Probleme und Wege zu bieten, wie man sie anspricht. Gleichwohl kann es sein Ziel einer diversen und intersektionalen Perspektive nicht vollständig erreichen.

Das Werk ist in drei Teile gegliedert, die beiden ersten bilden den Hauptteil: Während Teil 1 („Gender Roles in Peace and Security“, 9-100) sich mit Genderrollen innerhalb der WPS-Agenda befasst, konzentriert sich Teil 2 („Implementation of Women, Peace and Security“, 101-199) auf ihre Umsetzung durch spezifische Akteur\*innen und Institutionen.

Zunächst findet *Anja Zürn* durch eine intersektionale Diskursanalyse heraus, dass in den UN die „Grundlage für das intersektionale Schreiben von Identitäten [lokaler Frauen] gelegt worden“ (31) ist. Im nächsten Kapitel hingegen beleuchtet *Emma Bjertén-Günther* Rollenbilder von einem durch feministische Betriebs- und Verwaltungsliteratur informierten Ansatz. Dabei leitet sie aus Interviews eine Theorie der „männlichen Homosozialität“ ab, die zeigt, dass verborgene Machtstrukturen, wie bei informellen männlich-dominierten Treffen am Abend, zu genderbasierter Exklusion aus Friedensprozessen führen. Anschließend entwirft *Manuela Scheuermann* ein institutionalistisches Rahmenwerk. Dabei stellt sie fest, dass in Teilen der UN noch immer „Militär = Männlichkeit“ (73) gilt. In einem Versuch, zu analysieren, wie diese gewaltzentrierten Männlichkeiten transformiert werden könnten, entwickeln *Maike Messerschmidt & Hendrik Quest* einen praxis-theoretischen Rahmen, der hyper-

militarisierte und militärische Maskulinität untersucht. Dabei erkennen sie einen Mangel an Literatur über Männlichkeiten; es brauche daher mehr Feldforschung.

Hierin verorten die Autor\*innen selbst die Stärke des Werkes: Weil es ein „Schweigen über Männerrollen in der Mainstream-IB-Literatur [gibt, welches] durch das übliche Verständnis des Begriffs Gender als austauschbar mit Frauen“ (3) erklärt werden könnte, wird Maskulinität oft übersehen oder ignoriert. „Jedoch wird Maskulinität nicht in einem Vakuum, sondern in Relation zu Femininität konstruiert, und zwar in einem Prozess, welcher eine genderbasierte Ordnung und Hierarchie schafft“ (42). In Antwort darauf liefert das Buch also drei innovative Ansätze zur Rolle von Maskulinität, die tiefere Forschung anstoßen und damit die Handhabung der Probleme bestehender Genderrollen in Frieden und Sicherheit verbessern könnten.

Im zweiten Teil wird dieses Ziel in Bezug auf Implementation angegangen: So beleuchten die Beiträge von *Nicola Popovic & Anna Antonakis* sowie von *Andrea Jonjić-Beitter, Hanna Stadler & Flora Tietgen* die Rolle nationaler Aktionspläne (NAPs). Daraus geht die Herausforderung der lokalen Umsetzung internationaler Gesetze hervor. Dabei kommen Jonjić-Beitter, Stadler & Tietgen auf Basis der Analyse von 77 NAPs zu dem Ergebnis, dass „die [WPS-]Agenda nicht nur inklusiver, sondern auch besser realisiert wird, wenn die Zivilgesellschaft direkt in der Schaffung und Umsetzung des NAPs involviert ist“, wie Scheuermann im Einleitungsbeitrag resümiert (7). Die übrigen Kapitel examinieren unter Nutzung praxisnaher Methoden, etwa teilnehmender Beobachtungen, wie WPS-Normen von der UN selbst, der EU, und der NATO praktiziert und übersetzt werden.

Indem das Buch einen Blick auf mangelhaft beleuchtete Bereiche wirft, kann es im abschließend dritten Teil („A Call for Action“, 201-215) qualifiziert zum Handeln aufrufen. Darin appellieren die drei deutschen Aktivistinnen *Jeannette Böhme, Anica Heinlein & Ines Kappert* an die Bundesregierung, ihre „Außenpolitik auf eine Weise zu formen, die aktiv und nachhaltig Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit fördert“ (208). Diese wäre gut beraten, die konkreten Forderungen der drei Autorinnen angesichts des Einflusses von NAPs in Deutschland zu beherzigen. Ob ihr Aufruf jedoch, wie sie es formulieren, „für alle Regierungen und Organisationen, die wirklich versuchen die Agenda umzusetzen, beachtenswert ist“, steht auf einem anderen Blatt. Abschließend bietet *Soumita Basu* in einer Zusammenfassung wichtige Einblicke in die wachsende Institutionalisierung der WPS-Agenda.

An dieser Stelle sei kritisch angemerkt: Faktisch versammelt das Buch keineswegs Stimmen „aus aller Welt“ und „verschiedenen Hintergründen“. Vielmehr sind die Autor\*innen mehrheitlich weiße Frauen, die im Globalen Norden arbeiten; die Aktivistinnen halten recht hohe Positionen in den Institutionen, für die sie arbeiten. Außerdem sollte sich das Buch nicht allzu sehr mit Intersektionalität und Repräsentation schmücken. Denn längst nicht alle Beiträge beziehen kritische, intersektionale oder postkoloniale Perspektiven ein; die wahre Stärke des Buches liegt in der Vielfalt seiner Ansätze – nicht in der Repräsentation „der diversen und unabhängigen feministischen Netzwerke, Forschenden und zivilgesellschaftlichen Organisationen“ (115), die mit der WPS-Agenda verbunden sind.

Dennoch ist es nicht nur für Studierende empfehlenswert, die einen detaillierten Überblick über das Thema gewinnen wollen, sondern auch für Akademiker\*innen, die bereits in WPS-Forschung vertieft sind und neue Anstöße wünschen. Darüber hinaus bietet es für alle am Thema Interessierte faszinierende Einblicke in bislang kaum beachtete Bereiche. Zweifellos ist es eine Pflichtlektüre für jede Person, die verstehen möchte, wie die WPS-Agenda 20 Jahre nach ihrer Verabschiedung funktioniert – und wie nicht.

Jemima Neubert

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i4.12>

Christoph Neusiedl: *Revolutions in Learning and Education from India. Pathways towards the Pluriverse*. London: Routledge 2021. 206 Seiten (<https://doi.org/10.4324/9781003126744>)

Wenn im entwicklungstheoretischen Kontext über Post-Development (PD) diskutiert wird, ist eine Zweiteilung vorherrschend: Dass Theorie und Praxis der „Entwicklung“ von Eurozentrismus und Machtverhältnissen durchzogen sind, wird immer seltener bestritten. Die „Alternativen der Entwicklung“ werden jedoch weithin als unrealistische Hirngespinnste abgetan. Das Buch von Neusiedl befasst sich mit solchen Alternativen im Bildungssektor Indiens.

Den theoretischen Rahmen des PD reichert der Autor durch Anleihen bei den politischen Philosophien Jacques Rancières und Todd Mays an, was ihn zu seinem zentralen Konzept der „ontologischen Politik“ der Gleichheit bzw. Ungleichheit führt. Als fundamentale Grundlage des Entwicklungsparadigmas sieht er die Annahme, dass manche Menschen nicht über die Fähigkeit verfügen würden, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und daher der Interventionen auf der Grundlage von Expert\_innenwissen bedürfen (5, 29). Hierin sieht der Autor eine fundamentale ontologische Annahme der Ungleichheit von Menschen.

Demgegenüber lehnt PD den Dualismus zwischen „Entwickelten“ und auf Expert\_innen und Projekte angewiesenen „weniger Entwickelten“ ab und fordert deren Selbstbestimmung auch gegen Interventionen ein, die nur ihr Bestes wollen. Neusiedl verknüpft dies schlüssig mit einer anarchistischen Position, die es auf der Grundlage einer ontologischen Politik der Gleichheit allen Menschen zutraut, ihr Leben sinnvoll zu gestalten. Eine solche radikaldemokratische Einstellung zeichnet sich durch den Verzicht auf universelle Entwürfe und das Bekenntnis zur zapatistischen „Welt der vielen Welten“ aus, im PD-Jargon: zum Pluriversum. Sie erlaubt es dem Autor, im indischen Kontext einerseits Entwürfe zu kritisieren, die als Alternative zur westlichen Moderne traditionellen Hinduismus propagieren, andererseits auch auf die Vernachlässigung von Machtbeziehungen auf der Mikro-Ebene der lokalen Gemeinschaften hinzuweisen, zu denen im indischen Kontext v.a. die Unterdrückung von Frauen und von niedrigen Kasten zugewiesenen Menschen gehört (45f). Aus ihr heraus spricht Neusiedl staatlichen Behörden oder Entwicklungsorganisationen das Recht ab, für andere zu entscheiden, was sie brauchen oder wie deren Leben zu verbessern ist (55).